

BUNDESWEHR WIRD MODERNER, ATTRAKTIVER, EFFIZIENTER

Truppe der Zukunft wird Realität

Die Bundeswehr wird effektiver und attraktiver. Am Mittwoch stellte Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière die Details der Reform der Streitkräfte vor. Diese war notwendig geworden, da die Strukturen der Truppe wesentlich aus den Zeiten des Kalten Krieges stammten. Auch die rot-grüne Bundeswehrreform, die die Schließung von 105 Standorten besiegelte, bereitete die Truppe nicht ausreichend auf die heute geltenden Anforderungen vor.

Streitkräfte waren nicht auf ihre Aufgaben vorbereitet

Die Bundeswehr war nicht ausreichend auf die heutige Sicherheitslage ausgerichtet. Künftig können die Streitkräfte im Sinne der steigenden globalen Verantwortung Deutschlands effektiver für Frieden und Freiheit eingesetzt werden. Weiter war die Truppe als Arbeitgeber nicht ausreichend attraktiv. Leistungsgerechte Vergütung, Anwerbe- und Bleibepremien sowie eine erhöhte Familienfreundlichkeit geben ihr jetzt ein neues Gesicht. Und: die Bundeswehr war nicht effizient genug. Nun werden ihre Strukturen stark gestrafft. Die Reform entlastet den deutschen Steuerzahler bis 2015 um insgesamt acht Milliarden Euro.

Die notwendigen Einzelentscheidungen fielen nach intensiver Abwägung und streng nach sachlichen Gesichtspunkten. Experten des Verteidigungsministeriums berieten monatelang darüber, wie die Truppe ihre Ziele bestmöglich erreichen kann. Nun wurde die Schließung derjenigen Standorte beschlossen, deren weiterer Betrieb keinen unersetzbaren Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten würde. Kriterien waren dabei Funktionalität, Kosten, Attraktivität und Präsenz in der Fläche.

Christsoziale Abgeordnete haben unermüdlich für Bayern gekämpft

Die CSU-Landesgruppe hat alles dafür getan, die Einschnitte in Bayern möglichst gering zu halten. Die Christsozialen verwiesen im vertrauensvollen Dialog mit de Maizière auch darauf, dass die Truppe im Freistaat nicht nur geduldet, sondern zu Hause ist. Dennoch stand außer Frage, dass auch in Bayern Standorte geschlossen werden müssen, wenn die oben genannten Kriterien dafür sprechen. Von den 56 bayerischen Standorten mit über 15 Dienstposten werden nur drei komplett aufgelöst. Deutschlandweit gibt es 32 solcher Schließungen.

Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, forderte Bund und Länder auf, zusammen mit den Kommunen Hilfestellungen zu entwickeln: „Ich setze mich für passgenaue Lösungen für die Standorte ein.“ Unter Verweis auf gute Erfahrungen mit der Nachnutzung geschlossener Kasernen sagte sie: „Ich bin sicher: Wenn die Kommunen mit ihrer Ortskenntnis, die Länder mit ihren Möglichkeiten zur Wirtschaftsförderung und der Bund mit der Erfahrung bei der Umwandlung von Kasernen zusammenstehen, wird die Neuausrichtung der Bundeswehr zu einer Chance für alle betroffenen Städte und Gemeinden.“

VERHANDLUNGSERFOLG: GRIECHISCHER SCHULDENSTAND SINKT

Deutscher Haftungsrahmen bleibt stabil

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat beim EU-Gipfel am Mittwoch und Donnerstag die Interessen Deutschlands erfolgreich vertreten. Bei den Verhandlungen über weitere Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro konnte sie sich auf ein breites Mandat des Deutschen Bundestages stützen, der ihre Verhandlungslinie zuvor in Berlin gutgeheißen hatte. Der Abstimmung gingen eine Regierungserklärung der Kanzlerin sowie eine Grundsatzdebatte des Bundestages voran, die unter Beobachtern große Aufmerksamkeit erfuhr. Bundeskanzlerin Merkel überzeugte dabei durch eine klar verständliche Begründung für die Notwendigkeit der Stabilisierung hochverschuldeter Euro-Staaten im deutschen Interesse.

Europa muss Stabilitätsunion werden – Vorbild Deutschland

Eingangs verdeutlichte Frau Merkel, dass Deutschlands Interesse an einem weiterhin stabilen Euro-Raum nur Realität werden könne, wenn Europa eine Stabilitätsunion werde. Unter dem Beifall des Deutschen Bundestages forderte sie eine tragfähige Bewältigung der Schuldenkrise einiger Euro-Staaten sowie eine langfristige Vorsorge gegen weitere ähnliche Krisen. Dazu müsse die übermäßige Verschuldung zurückgeführt werden. Nach der übereinstimmenden Einschätzung von Experten gilt Deutschland hierbei seit der Einführung der Schuldenbremse weltweit als Vorbild. Frau Merkel lobte Spanien, das sogar kurz vor den Wahlen eine Schuldenbremse in der Verfassung festgeschrieben hat.

Deutsche Haftungsleistung wird nicht erhöht

Als Ziel der Verhandlungen nannte die Bundeskanzlerin im Parlament, die Verschuldung Griechenlands bis 2020 auf einen Stand von 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückzuführen. Tatsächlich wurden auf dem folgenden EU-Gipfel entsprechende Maßnahmen beschlossen: Banken und Versicherungen erlassen Athen die Hälfte der Schulden, um den Anstieg der notwendigen Zinszahlungen zu stoppen. Frau Merkel betonte auch: „Ein Schuldenerlass allein löst die Probleme allerdings Griechenlands nicht. Schmerzhaft und notwendige Strukturreformen müssen konsequent umgesetzt werden. Hilfen müssen immer an strenge Bedingungen geknüpft sein.“ Außerdem warb Frau Merkel für einen Ausbau der Rekapitalisierung der Banken, um eine erneute Bankenkrise zu verhindern. Eine stärkere Ausstattung der Finanzinstitute mit jederzeit verfügbaren Mitteln soll deren gegenseitiges Vertrauen stärken.

In ihrer Antwort auf die Regierungserklärung dankte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, der Kanzlerin für ihren Einsatz für Deutschland in Europa. Sie unterstützte Frau Merkel in ihrer Ablehnung einer Aufstockung der deutschen Garantien für die EFSF. Auch ein Recht des Rettungsschirms, weitere Mittel von der Europäischen Zentralbank zu beziehen, lehnte Frau Hasselfeldt in Übereinstimmung mit der Bundeskanzlerin ab.